

„Prävention und Repression - Für eine stimmige Gesamtstrategie gegen Salafismus in Nordrhein-Westfalen“ zur Drucksache 17/2750

Stellungnahme von Dr. Michael Kiefer (Universität Osnabrück)



1. Vorschlag für die dauerhafte Implementierung eines *Forschungsinstituts für Radikalisierung, Wissenstransfer und Prävention* in einem interdisziplinären und intersektoralen Umfeld

Ausgangslage

Obwohl die Forschung in den vergangenen vier Jahren in Teilbereichen erhebliche Anstrengungen unternommen hat, kann von einer durchgehenden Wissensbasierung in der Triade der Prävention (primär, sekundär und tertiär) nach wie vor nicht die Rede sein. Viele Maßnahmen und Projekte arbeiten daher nach wie vor in eher experimentellen Anordnungen. So gibt es keine empirisch abgesicherten Erkenntnisse:

- Zum Ablauf von Radikalisierungsprozessen und den darin wirksamen Faktoren.
- Zu möglichen Schutzfaktoren
- Zu möglicherweise bestehenden Interventionsfenstern in Radikalisierungsprozessen
- Zur Wirksamkeit der Methoden, die in der Prävention Verwendung werden
- Zu den Rahmenbedingungen und fachlichen Standards der Prävention.

Desiderate für Forschung und Prävention

Eine Auflösung der skizzierten Problemlage kann mit einer partikularen, temporär beschränkten und nur teilweise koordinierten Forschung nicht herbeigeführt werden. Folgende Gründe können hierfür angeführt werden:

- Die bisherigen Forschungsprojekte (auch die neuen Programme vom BMFSFJ und BMBF) zur neosalafistischen Mobilisierung, der Radikalisierung von Szeneakteuren und der Prävention unterliegen zeitlichen Befristungen. Eine dauerhafte Bindung von Forscherinnen und Forschern ist in der Regel nicht möglich. Die Herausbildung einer **hohen fachlichen Perspektive ist durch ständige Fluktuation und damit verbundenen Kompetenz- und Wissensverlust erheblich erschwert.**
- Ausschließlich projektbezogene Forschungen ermöglichen lediglich eine auf Teilfragen fokussierte Forschung. **Es fehlt die Metaperspektive, die alle Forschungsergebnisse des Feldes systematisch zusammenführt und Impulse bzw. Fragestellungen für weitere Forschungsvorhaben generiert.**

- Der Wissenstransfer von der Forschung zur Praxis und von der Praxis zur Forschung ist bislang unzureichend. **Forschungsergebnisse erreichen oft nicht die Praxisfelder.** Die Gründe hierfür sind vielfältig.
 - Die schriftliche Darlegung der Forschungsergebnisse nimmt keinen Bezug auf die Praxisfelder. Ferner werden keine Empfehlungen für die Präventionsarbeit ausgesprochen. Eine Relevanz für die Arbeit pädagogischer Fachkräfte ist daher nicht erkennbar.
 - Die Lektüre der Berichte ist in fachlicher Hinsicht voraussetzungsreich. D.h. ohne spezifische Fachkenntnisse bleiben die Berichte für Akteure der pädagogischen Arbeit oft unverständlich und damit ohne Wirkung.
 - Forschungsberichte erreichen die Praxis nicht zeitnah. Die Praxis der Präventionsarbeit kann oft nur mit erheblichen Verspätungen auf neue Phänomene reagieren

Eine Auflösung der skizzierten Defizitlage ist nur im Kontext eines langfristig arbeitenden Instituts möglich, das über angemessene personale Ressourcen verfügt. Ein solches Institut kann:

- In Deutschland und insbesondere in NRW systematisch den gegebenen Forschungsbedarf erheben
- Forschungsvorhaben planen und durchführen
- Forschungsergebnisse für Praxisakteure aufbereiten
- Fortbildungen für Praxisakteure durchführen
- Methoden für die Praxisfelder generieren und weiterentwickeln
- Beratungsleistungen für alle relevanten Ministerien erbringen
- Alle Relevante Partnerinnen und Partner zusammenführen.

2. Ausbau der „Wegweiser“-Standorte zu Präventionszentren

Unterzieht man die Präventionsprogramme, die in Bund und Ländern gegen religiös begründeten Extremismus durchgeführt werden, einem direkten Vergleich, so kann konstatiert werden, dass das „Wegweiser“-Programm des Landes NRW über eine Reihe von positiven Alleinstellungsmerkmalen verfügt:

- Die dezentrale Anordnung der Beratungsstellen ermöglicht in einem hohen Maße niedrigschwellige Beratungsansätze, die unter anderem durch eine schnelle Erreichbarkeit und kurze Wege gekennzeichnet sind. Da keine langen Fahrzeiten anfallen, sind auch längere und terminreiche Beratungsprozesse möglich.

Schließlich ermöglicht die dezentrale Anordnung eine aktive und aufsuchende Präventionsarbeit, die vor allem in belasteten Wohnquartieren durchgeführt werden kann.

- In den Kommunen und Städten sind jeweils Partner mit der Programmdurchführung beauftragt, die im Konsens mit der Stadtgesellschaft ausgewählt wurden. Hierdurch wird der Aufbau einer belastbaren und vertraulichen Zusammenarbeit zwischen allen relevanten Partnern deutlich erleichtert. Ferner gestaltet sich die Einbeziehung der Regelstrukturen (Schule und Jugendhilfe) ohne komplizierte Anbahnung.
- Wegweiser beschränkt sich auf primäre und sekundäre Prävention. Ausstiegs- und Deradikalisierungsarbeit verbleiben in der vollen Verantwortung des Verfassungsschutzes. Durch diese Arbeitsteilung wird einer „Versicherheitlichung“ der gesamten präventiven Praxis vorgebeugt.

Kritisch hinterfragt werden kann jedoch die monothematische Ausrichtung des Netzwerks. Wegweiser befasst sich ausschließlich mit Phänomenen des Salafismus oder Islamismus. Eine monothematische Ausrichtung birgt gewisse Risiken. So kann sie zu einer negativen Markierung der Zielgruppe beitragen (Warum müssen nur wir an diesem Seminar teilnehmen?). Dies kann unter anderem Verweigerungshaltungen und Abwehr in der Zielgruppe erzeugen oder verstärken.

Ferner kann konstatiert werden, dass in plural verfassten Zuwanderungsgesellschaften extremistische Haltungen in einer erheblichen Bandbreite vorgefunden werden können. Neben Salafismus und Islamismus gibt es unter anderem türkischen Ultranationalismus, Rechtsextremismus unter Russlanddeutschen und den Formenkreis des deutschnationalen Extremismus, der in quantitativer Hinsicht das größte Problemfeld darstellt. Eine jeweils isolierte Bearbeitung eines Phänomens in Jugendhilfe und Schule machen wenig Sinn, wenn andere, zeitgleich vorfindbare Phänomene keine Berücksichtigung finden.

Ausgehend von diesen Überlegungen, die sicherlich der Ergänzung bedürfen, sollte ein weiterer Ausbau des „Wegweiser“-Programms erwogen werden. Zielperspektive wäre der Umbau der Beratungsstellen zu Präventionszentren, die alle relevanten Extremismusphänomene bearbeiten.